GVB Genossenschaftsverband Bayern

Pressemitteilung

Kommunikation 17.09.2026

VR-Banken in Bayern: Wachstum mit angezogener Handbremse

GVB fordert für mehr Wachstum konsequente Strukturreformen und eine mittelstandsgerechte Bankenregulierung.

Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken haben sich im ersten Halbjahr 2026 in einem weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Umfeld stabil entwickelt. Von einem kräftigen Aufschwung konnte im ersten Halbjahr noch keine Rede sein. Die Konjunktur fuhr vielfach noch mit angezogener Handbremse. Trotz schwacher gesamtwirtschaftlicher Dynamik und verhaltener Investitionsbereitschaft legte das Kreditgeschäft der Banken zu.

Für das Gesamtjahr erwarten sie eine weiter positive Entwicklung. Inzwischen mehren sich jedoch die Signale, dass sich die Bremse langsam löst und die Wirtschaft wieder an Fahrt gewinnt. „Die Volks- und Raiffeisenbanken stehen für Stabilität und Verlässlichkeit. Als Finanzierungspartner für Mittelstand, Handwerk und private Haushalte stehen sie bereit, weiteres Wachstum zu finanzieren. Die wirtschaftlichen Aussichten haben sich zuletzt aufgehellt. Jetzt kommt es darauf an, die Handbremse endgültig zu lösen und den beginnenden Aufschwung nicht durch hohe Kosten, Bürokratie und falsche politische Signale auszubremsen“, sagte Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), bei der Präsentation der Halbjahresbilanz am Donnerstag in München.

Kreditgeschäft wächst moderat

Das Kreditvolumen der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken stieg seit Jahresbeginn um ein Prozent auf 149,2 Milliarden Euro. Die Ausleihungen an Firmenkunden erhöhten sich um 0,8 Prozent, bei den Privatkunden betrug das Plus 1,2 Prozent. Damit entwickelte sich das Kreditgeschäft stabil, auch wenn die im ersten Halbjahr noch schwache gesamtwirtschaftliche Dynamik die Nachfrage begrenzte. Im Neugeschäft war die Zurückhaltung deutlicher zu spüren: Die Banken vergaben 5,6 Milliarden Euro an neuen Unternehmenskrediten. Das waren neun Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

„Viele Unternehmen haben Investitionen im ersten Halbjahr angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten zurückgestellt. Das hat die Kreditnachfrage insbesondere im Mittelstand gebremst. Die inzwischen besseren Konjunkturaussichten können dazu beitragen, dass Unternehmen wieder mehr Vertrauen fassen und geplante Investitionen angehen“, sagte GVB-Vorstandsmitglied Alexander Leißl.

Wohnungsbaukredite unter Vorjahresniveau

Auch im Privatkundengeschäft war das erste Halbjahr von Zurückhaltung geprägt. Das Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten erreichte 8,3 Milliarden Euro und lag damit um sieben Prozent unter dem Vorjahreswert von 8,9 Milliarden Euro.

Als Gründe nannte Leißl das weiterhin erhöhte Zinsniveau, gestiegene Baukosten sowie die zurückhaltenden Erwartungen vieler Haushalte hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. „Der Wunsch nach Wohneigentum ist weiterhin vorhanden. Viele Haushalte verschieben Investitionsentscheidungen derzeit allerdings angesichts unsicherer Zukunftsaussichten“, ergänzte er.

Einlagen bleiben stabil

Die Kundeneinlagen blieben im ersten Halbjahr mit 166,4 Milliarden Euro nahezu stabil. Zugleich setzte sich die Umschichtung innerhalb der Einlagenstruktur fort: Termineinlagen legten um 2,5 Prozent zu, während Sicht und Spareinlagen mit einem Minus von 0,9 Prozent bzw. 1,4 Prozent leicht rückläufig waren.

„Die Kundinnen und Kunden reagieren auf das Zinsumfeld und legen wieder verstärkt in höher verzinsten Produkten an. Insgesamt bleibt die Bindung an die Volks- und Raiffeisenbanken unverändert hoch“, erklärte Leißl.

Wertpapiergeschäft gewinnt weiter an Bedeutung

Das außerbilanzielle Kundenanlagevolumen stieg seit Jahresbeginn um 4,8 Prozent auf 137,5 Milliarden Euro. Der Nettoabsatz von Fonds und Wertpapieren der genossenschaftlichen FinanzGruppe erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um acht Prozent auf 3,7 Milliarden Euro. Der Nettoabsatz bezeichnet dabei die Käufe abzüglich der Verkäufe und Rückgaben. Besonders gefragt waren Aktien und Aktienfonds. Hier legte der Nettoabsatz um 19 Prozent zu.

„Viele Kundinnen und Kunden setzen bei ihrem Vermögensaufbau weiterhin auf Wertpapiere. Gerade langfristig bleiben Aktien ein wichtiger Baustein für die private Vermögensbildung und Altersvorsorge“, der GVB-Vorstand.

Ertragslage verbessert sich, Risiken steigen leicht

Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken schätzen ihre Ertragslage für das Gesamtjahr 2026 positiv ein. Es wird ein bereinigtes Ergebnis vor Ertragsteuern von 2,1 Milliarden Euro erwartet. Das sind rund 250 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig werden steigende Betriebskosten erwartet.

Die Quote notleidender Kredite, die sogenannte NPL-Quote, stieg im Durchschnitt der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken leicht von 2,63 auf 2,76 Prozent. Darin spiegeln sich die wirtschaftlichen Belastungen der vergangenen Jahre und des noch verhaltenen ersten Halbjahres wider. Der moderate Anstieg gibt keinen Anlass zur Dramatisierung. Die weitere Entwicklung bleibt jedoch aufmerksam zu beobachten.

Erste Hoffnungssignale, aber noch keine Trendwende

Die Ergebnisse des ersten Halbjahres zeigen insgesamt ein stabiles Bild. Seitdem haben sich die wirtschaftlichen Aussichten spürbar aufgehellt. Steigende Auftragseingänge, eine bessere Stimmung und angehobene Wachstumsprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute sprechen dafür, dass Deutschland die konjunkturelle Talsohle hinter sich lässt. Noch ist die Erholung allerdings nicht in allen Branchen angekommen. Vor allem die private Investitionstätigkeit bleibt hinter dem zurück, was für einen dauerhaft tragfähigen Aufschwung notwendig wäre.

„Die deutsche Wirtschaft hat im ersten Halbjahr vielfach noch mit angezogener Handbremse gearbeitet. Inzwischen spricht aber einiges dafür, dass sich die Bremse langsam löst. Die Richtung stimmt. Jetzt müssen die politischen Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass daraus wieder ein tragfähiger Aufschwung wird. Unternehmen brauchen weniger Bürokratie, niedrigere Steuern und Arbeitskosten, wettbewerbsfähige Strompreise sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die besseren Aussichten sind eine Chance. Die Politik muss jetzt dafür sorgen, dass daraus dauerhaftes Wachstum entsteht“, betonte Müller.

Staatsquote wieder unter 50 Prozent senken

Besorgt zeigt sich der GVB über den wachsenden Anteil des Staates an der Wirtschaftsleistung. Die Staatsquote lag 2025 bei 50,6 Prozent, nach 45,6 Prozent im Jahr 2019. „Eine Staatsquote von mehr als 50 Prozent darf nicht zum Normalzustand werden. Der Staat kann wichtige Impulse setzen, dauerhaftes Wachstum entsteht aber durch Unternehmen, die investieren, Innovationen vorantreiben und Arbeitsplätze schaffen“, sagte Müller.

Notwendig seien eine klare Priorisierung der öffentlichen Ausgaben und eine stärkere Ausrichtung auf Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. „Eine Wirtschaft, die vor allem vom staatlichen Konsum getragen wird, steht nicht auf einem tragfähigen Fundament“, betonte Stefan Müller. „Deutschland braucht wieder mehr wirtschaftliche Dynamik aus eigener Kraft. Der Staat muss ermöglichen, er kann nicht dauerhaft fehlende private Investitionen kompensieren.“

Eigenes Regime für kleine Banken schaffen

Auch bei der Bankenregulierung fordert der GVB grundlegende Veränderungen. Die für große, international tätige Banken entwickelten Regelwerke belasten kleine Regionalbanken trotz ihres deutlich weniger komplexen Geschäftsmodells weiterhin erheblich. Nötig sei ein eigenständiges und einfach handhabbares Regime für kleine und nicht komplexe Institute.

Der GVB begrüßt, dass die Europäische Kommission hier Handlungsbedarf erkannt hat. Die bislang diskutierten Erleichterungen gingen jedoch nicht weit genug. Andere Länder wie die Schweiz, das Vereinigte Königreich und die USA verfügten bereits über gesonderte Regelungen für kleinere Institute. „Kleine Regionalbanken brauchen keine Großbankenregulierung mit ein paar Ausnahmen. Sie brauchen eigene Regeln, die zu ihrer Größe, ihrem Geschäftsmodell und ihren Risiken passen“, sagte Müller.

„Weniger regulatorischer Aufwand bedeutet nicht weniger Sicherheit“, betonte der GVB-Präsident. „Es bedeutet, dass Regionalbanken ihre Ressourcen wieder stärker dort einsetzen können, wo sie gebraucht werden: bei der Beratung der Kunden, bei der Finanzierung des Mittelstands sowie bei Investitionen in Digitalisierung und Cybersicherheit.“

Frühstartrente nachbessern

Die geplante Frühstartrente bewertet der GVB grundsätzlich positiv. Kinder und Jugendliche frühzeitig mit Vermögensbildung, Kapitalmarkt und privater Altersvorsorge vertraut zu machen, sei ein wichtiger Schritt. Eine stärkere kapitalgedeckte Vorsorge könne dazu beitragen, die Alterssicherung in Deutschland langfristig breiter und widerstandsfähiger aufzustellen.

Nachbesserungsbedarf sieht der Verband jedoch bei der Ausgestaltung. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen nicht genutzte Fördermittel nach Ablauf bestimmter Fristen in den Bundeshaushalt zurückfließen. Dies könnte insbesondere Kinder aus Haushalten benachteiligen, in denen sich die Eltern nicht rechtzeitig um einen Vorsorgevertrag kümmern. „Kein Kind darf seine staatlich geförderte Altersvorsorge verlieren, nur weil die Eltern nicht rechtzeitig einen Antrag gestellt haben“, forderte Müller. „Wenn die Frühstartrente Chancengerechtigkeit schaffen soll, müssen die Fördermittel dauerhaft für das jeweilige Kind gesichert werden.“

Zugleich sollte die Frühstartrente nach Auffassung des GVB Familien dazu anregen, sich aktiv mit Vermögensaufbau und Altersvorsorge auseinanderzusetzen. Eine staatliche Kollektivanlage könne eine Auffangfunktion erfüllen. Das Gesetz müsse aber ausreichend Anreize dafür setzen, dass Familien frühzeitig einen eigenen Vorsorgevertrag abschließen, Produkte vergleichen und bewusste Anlageentscheidungen treffen.

„Finanzbildung entsteht nicht allein durch eine staatliche Standardlösung“, erklärte Müller. „Sie entsteht, wenn Familien sich mit Chancen und Risiken beschäftigen und Verantwortung für ihre Vorsorge übernehmen. Die Frühstartrente kann dafür einen wichtigen Anstoß geben. Dafür muss sie aber einfach, fair und auf eine breite Beteiligung ausgelegt sein.“

Reformen müssen in der Wirtschaft ankommen

Abschließend rief Müller die Bundesregierung dazu auf, die wirtschaftspolitischen Herausforderungen mit größerer Konsequenz anzugehen. Die wirtschaftlichen Aussichten haben sich zuletzt spürbar verbessert. Nach Jahren der Stagnation besteht erstmals wieder die Chance auf eine breitere wirtschaftliche Belebung. Entscheidend wird nun sein, ob es gelingt, private Investitionen und unternehmerische Initiative wieder stärker zu mobilisieren.

„Die Handbremse beginnt sich zu lösen. Jetzt darf die Politik nicht auf halber Strecke stehen bleiben“, betonte Müller. „Bürokratieabbau, bezahlbare Energie, eine wettbewerbsfähige Steuer- und Abgabenlast und eine mittelstandsgerechte Regulierung gehören zusammen. Deutschland wird nicht durch mehr staatliche Steuerung aus der Krise kommen, sondern durch eine Rückbesinnung auf die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft: unternehmerische Freiheit, Wettbewerb, Eigenverantwortung und verlässliche Regeln.“

Dr. Gerald Schneider

Pressesprecher

Mitgliederentwicklung und Kommunikation > Medien und Kommunikation

+49 (89) 2868-3401

presse@gv-bayern.de

Anlagen

Präsentation Halbjahresbilanz bayerische VR-Banken 2026 (2.36 MB) 25.09.26